

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Boten
für das Haus monatlich 2.00 Mark;
bei den Postämtern 2.50 Mark; bei
den Zeitungsverkäufern 3.00 Mark;
einzelne Blätter 10 Pfennig.
Jahrespreis 24.00 Mark.
Einzelposten 10 Pfennig.
Telegraphische Anträge werden
nicht angenommen.

Abonnement: Die Abonnenten
bestellen oder lassen durch unsere
Boten für das Haus monatlich 2.00
Mark; bei den Postämtern 2.50
Mark; bei den Zeitungsverkäufern
3.00 Mark; ein einzelnes Blatt
10 Pfennig.
Jahrespreis 24.00 Mark.
Einzelposten 10 Pfennig.
Telegraphische Anträge werden
nicht angenommen.

Telegraphische Anträge werden nicht angenommen. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 245

Mittwoch, den 19. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Rücktritt des Reichskabinetts ist so gut wie sicher, nur die Frage, ob eine Umbildung oder eine Neubildung des Kabinetts mit oder ohne Wirtshaus stattfinden soll, ist noch nicht geklärt.

Der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern in einer Sitzung beim Reichskanzler mit der Frage der Kredithilfe durch die Industrie. Auch die politische Lage wurde besprochen. Eine Klärung wurde nicht erzielt.

Die Wirtshauskonferenz wählte eine Kommission, die alle Sicherungsmaßnahmen in Oberschlesien treffen soll und bereits nach Oppeln abgereist ist.

Vor dem Reichsgericht beginnt am 27. Oktober der Prozess wegen Hochverrats gegen den Regierungspräsidenten A. v. Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandbundes Freiherrn v. Wangenheim wegen Beteiligung am Kapp-Zug.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Moskau ist zwischen den Sowjetrepublikern, Merkschman, Armenien und Georgien einerseits und der Türkei andererseits ein Friedensvertrags unterzeichnet worden.

Währungszusammenbruch?

Ob. Ein führendes Mitglied der deutschen Hochfinanz pflegte in der letzten Zeit denjenigen, die sich nach der seiner Meinung nach zu erwartenden Entwicklung der deutschen Währung fragen, zu antworten, daß eine Besserung erst eintreten werde, wenn der Dollar auf 300 künde. Der betreffende Kenner der Verhältnisse erteilte diese Erwiderung in der ersten Zeit halb ironisch, so daß man ihm anmerkte, er glaube indessen selber nicht daran. In der letzten Zeit konnte er aber dabei sehr ernsthaft ausfallen, denn der Dollar ist bereits über 200 gestiegen. Der weiteren Entwicklung scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein, und so ist denn die Ueberlegung gerechtfertigt, ob man hier nicht bereits den vollständigen Zusammenbruch der deutschen Währung vor Augen hat. Es liegt nämlich auf der Hand, daß ein Dollarstand von 300 den sicheren Tod der deutschen Wirtschaft bedeuten würde, und wenn daher das äußerste vermieden werden soll, so müßte wohl schon in nächster Frist irgend etwas Positives zur Stabilisierung der Reichsmark geschehen. An sich ist es ja bekanntlich nur genau so gekommen, wie wir immer für den Fall vorausgesetzt haben, daß Oberschlesien uns entrissen würde. Die Entente wird sich auch selbst im Klaren darüber sein, daß die Ursache der neuen Katastrophe der Papiermark in dem Verbrechen des Genfer Beschlusses zu erblicken ist. Möglicherweise würde also der prompte Wechsel zwischen Ursache und Wirkung mit der Wucht eines unüberleglichen Beweises auf unsere Gegner einwirken, denn außerdem ist zu erwarten, daß sich die unmittelbaren Folgen der Entwertung der Papiermark auf anderhalb Pfennig und weiter annähernd ebenso stark in Frankreich und England, wie in Deutschland spürbar machen werden. Bei einem derartigen Stand des deutschen Zahlungsmittels scheidet Deutschland endgültig aus der Reihe der Völker auf dem internationalen Weltmarkt aus. Auf die Dauer kann das aber weder der englische noch auch der amerikanische Markt vertragen. Man braucht nur einmal in den Kreisen des deutschen Handels Nachfrage zu halten, um mit erschreckender Deutlichkeit zu erkennen, wie verheerend bisher schon der schwankende Zustand der deutschen Währung nach innen wie nach außen gewirkt hat. Es wird nicht eingekauft, weil man bei einem auch nur vorübergehenden Wiederanstieg der Reichsmark Verluste fürchtet, oder weil man, wenn eine weitere Entwertung unvermeidlich ist, für das Frühjahr den Käuferstreik voraussetzt. So aberwünscht es klingt, könnte man aber trotz allem der Meinung sein, daß nurmehr die Taktik der Gegner, die auf ewiges Hinausschieben hinausläuft, ihr Ende finden muß, weil, wie sich jetzt schon an der Londoner Börse zeigt, die Panikstimmung, die zuerst in Wien zu beobachten war, über Berlin auf die Geldmärkte der Entente übergreift. Bei uns aber sollte man den Dingen mit größerer Ruhe gegenüber treten und entgegensehen, als das stellenweise im breiten Publikum geschieht. Angstkäufe bedeuten doch immer nur Maßnahmen für kurze Zeit und helfen über das Finanzproblem nicht hinweg, das jedem von uns gestellt ist.

Der Kurs der Mark

Hatte gestern gegen den schwarzen Montag eine geringfügige Besserung zu verzeichnen, indem der Dollar von etwa 190 auf 180 Mark zurückging, das englische Pfund von etwa 750 auf 720. Die Börsen in Berlin, Dresden und Leipzig blieben gestern geschlossen. Im Fremverkehr neigten die Kurse für Wertpapiere zumeist nach oben.

England und der katastrophale Marksturz

Die gestrigen Londoner Morgenblätter beschäftigen sich mit dem Sturz der deutschen Mark. Während die Times in einem Leitartikel schreibt, eine Ermäßigung der an Deutschland gestellten Forderungen würde im gegenwärtigen Augenblick die wirtschaftlichen Aussichten in Europa nicht verbessern, sagt Daily News, nach ihrer Ansicht seien die Reparationsforderungen am Zusammenbruch der Mark schuld. Wenn der Sturz der Mark anhalte, so könne Deutschland womöglich die geforderten Summen nicht bezahlen. Unter Hinweis auf den Schaden, den der Fleckstand der Mark ganz Europa zufüge, fragt Daily News, weshalb man auf der Forderung der Reparationen bestohe.

Bayern gegen die wilden Devisenspekulationen.

Der Kampf um das Existenzminimum.

Das bayerische Handelsministerium hat schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit der zuständigen Reichsstellen darauf lenken lassen, daß die Ausschreitungen der Spekulation vor allem auf dem Devisenmarkt auch in den weitesten Kreisen der bayerischen Bevölkerung schmerzliche Besorgnisse und tiefgehende Beunruhigung hervorgerufen haben. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß in Bayern die Schicht der Kleinen, um die Grenze des Existenzminimums sich bewegende Vermögen und die Schicht der nun vom Untergang Bedrohten verhältnismäßig größer und wichtiger ist als in manchen anderen Teilen des Reiches, und daher Bayern besonders an den Vorgängen interessiert ist, die vor allem an den großen Börsen in Erscheinung treten. Wenn schon diese Vorgänge mehr die Folge als die Ursache der inneren Wertbewegung der Mark sind und es hiernach zum mindesten ist, mit technischen Mitteln den Sturz der Mark aufzuhalten, so muß doch nach Auffassung der bayerischen Regierung versucht werden, wenigstens den größten Ausschreitungen der Spekulation entgegenzutreten. Hierzu wurde in Uebereinstimmung mit dem Urteil hervorragender bayerischer Sachverständiger neben anderen Maßnahmen besonders die Einführung der Legitimationspflicht und des Schlußscheinzwanges bei Devisengeschäften angesetzt.

Der Stand der Regierungsbildung.

Ob. Gestern und vorgestern hat im Reichstag der interfraktionelle Ausschuss gelagt, um sich über die weitere Haltung des Kabinetts klar zu werden. Wenn die Einzelheiten dieser Beratungen natürlich auch vertraulich sind, so kann doch gesagt werden, daß gerade aus dem Zentrum heraus die Anschauung vertreten wurde, daß der Reichskanzler das frühere Programm nicht mehr aufrecht zu erhalten vermag. Es würde darum auch ein Gebot der Klarheit sein wenn das Kabinett seine Demission gäbe. Die Demokraten haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Von sozialistischer Seite widerstrebt man jeder Veränderung der Außenpolitik und ebenso wendet man sich gegen jede Umänderung der Innenpolitik, obwohl eine solche von allen Seiten abgelehnt wird. Die Sozialdemokratie glaubt, daß ein Grund für den Rücktritt des Kabinetts nicht gegeben ist. Die Entscheidung liegt beim Reichstag und wenn dieser dem Kabinett ein Vertrauensvotum ausstelt, dann entfällt jeder Grund für einen Rücktritt. Auch die Demokraten sind der Auffassung, daß der außenpolitische Mißerfolg nicht Anlaß zu einer persönlichen Kritik am Reichskanzler geben kann, aber da dieser Rücktritt für den Fall einer unangenehmen Entscheidung in der obersteinsten Frage bestimmt in Aussicht gestellt wurde, sei er jetzt nicht zu umgehen. Am zweiten Tage der Verhandlungen hat man sich ausschließlich mit der Frage einer sachlichen Einigung über ein Steuerprogramm beschäftigt. Positive Vorschläge konnten aber auch von den Sozialisten nicht gemacht werden. Die Beratungen endeten mit der Einsetzung eines Unterausschusses, der zu der Steuerfrage bestimmte Richtlinien aufstellen soll. In Preußen ist die Regierungsbildung gleichfalls nicht voran gekommen. Der Ministerpräsident vertritt jetzt den Standpunkt, im Personalbestande möglichst wenig zu verändern. Im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung verlangen die Sozialisten vor der Regelung der preussischen Kabinettsbildung eine sachliche Einigung im Reich.

Neue Verzögerung.

4. Die mittelalterliche Tortur des Aufdie-Folter-Spannen wird fröhlich weitergeleitet. Die Polen wissen sicherlich durch ihre französischen Freunde längst genau Bescheid über den Genfer Beschluß, während wir immer noch auf die mehr oder minder zuverlässigen Nachrichten der Entente-Presse angewiesen sind. Nachdem man bisher des Glaubens sein durfte, daß man am Mittwoch einigermaßen zuverlässiges über das Genfer Dokument erfahren würde, und der Reichstag deshalb auf Donnerstag einberufen ist, ist nun eine neue Verzögerung eingetreten, sodaß schwerlich damit zu rechnen ist, daß der Reichstag bei seinem Zusammenritt auch nur einigermaßen brauchbares Material vorliegen haben wird, um sowohl dazu wie zur Regierungskreis-Stellung zu nehmen. Die Siebenmahlweilen von Genf, die mit so großem Pathos verkündet haben, daß ihr Beschluß der Ausbund aller Gerechtigkeit sei, haben einen so unschätzbaren Wirtshaus damit angerichtet, daß jetzt der Sekretär des Völkerbundes nach Paris berufen wurde, um ein Gutachten darüber abzugeben, was der Völkerbund mit seinem Beschluß eigentlich gemeint habe. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich, ob der Genfer Beschluß ein untrennbares Ganzes sei, oder ob nur die Grenzführung distriert werden könne, während man die wirtschaftlichen Bedingungen einer freien Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen überlassen müsse, sind so wenig ausgeglichen, daß jetzt wieder einmal eine Konferenz einberufen und einen Ausweg finden soll. Selbst wenn dieser Ausweg gefunden wird, wird es aber das Geheimnis der Entente bleiben, wie sie in der kurzen Frist von einem Monat die Frage der Grenzsetzung und der wirtschaftlichen Uebergangsbestimmungen auch nur annähernd lösen soll.

Die Uebergabemaßnahmen in Oberschlesien.

Die französischen Truppen werden nicht nur die an Polen fallenden Gebiete, sondern auch die daran anschließenden Deutschland zugesprochenen Grenzkreise besetzen, um Zusammenstöße zwischen Deutschen und Polen zu vermeiden. Es handelt sich hierbei um die Kreise Gleiwitz, Lublitz und Tarnowitz deren Räumung durch die Engländer, die dort bisher das Besatzungscontingent gestellt hatten, schon in nächster Zeit erfolgen dürfte. In den größeren Städten des polnischen Besatzungsgebietes werden von der polnischen Bevölkerung umfassende Vorbereitungen für den Empfang und die Begrüßung der polnischen Truppen getroffen. Beim Einzug der Polen in Oberschlesien werden auf besonderen Wunsch des polnischen Generalkommandos auch die polnischen Truppen vertreten sein. Das nur aus Infanteristen bestehende 1. polnische Regiment, die Division des Obersten Jankowski, breitete in einem Telegramm an den polnischen Generalstab gegen die Autonomie Deutschlands an und verlangte die gewaltsame Besetzung der Stadt Weiden durch die Kinder von Weiden, wie sich das Regiment nennt. Im Kreise Leobschütz ist eine starke von den Tschechen genährte Propaganda unter der Bezeichnung bemerkbar, die darauf gerichtet ist, die Zuteilung des Kreises Leobschütz an die Tschechoslowakei zu erbitten.

König Ludwig III. von Bayern †

Der ehemalige König von Bayern, Ludwig III., † Montagabend auf seiner ungarischen Besitzung Sarvas gestorben.

Dem letzten Bayernkönig aus dem Stamme der Wittelsbacher war es an der Wiege nicht bestimmt gewesen, den Thron zu bestiegen. Er war am 7. Januar 1845 als Sohn des Prinzen Sigmund, des späteren Prinzenregenten von Bayern, geboren worden. Unvorsichtigerweise auf das Thronerbe hatten vor ihm noch zwei Onkel und danach zwei Vettern. Deren Unfall an Wahnsinn bzw. Kinderlosigkeit haben dem Prinzen Ludwig den Weg zum Throne freigemacht. Und aus verhältnismäßig kurzer Zeit, nicht ganz sechs Jahre, war es ihm vergönnt, dort seines Amtes zu walten. Am 12. Dezember 1913 hatte er die Regierung angetreten, im November 1918 zwang ihn als ersten der in Deutschland regierenden Fürsten der Revolutionssturm, in die Verbannung zu gehen. Seine Erziehung hatte man vorwiegend auf bürgerlichen Fußsätzen gerichtet, eben weil nach Lage der damaligen Verhältnisse seine Regenschicht nicht ins Auge gefaßt werden konnte. Wohl befahlerte er auch Offiziersstellung im Heere, aber ein Unfall im Feldzuge 1868 gab ihm Veranlassung, seine unmittelbaren Beziehungen zum Heere zu lösen. Er wurde bald dem Reichsrat als Mitglied zugeführt, dessen Sitzungen er mit großer Regelmäßigkeit besuchte. An der Universität wie an der Technischen Hochschule in München hat